

N i e d e r s c h r i f t **der 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des** **Bildungsausschusses am 01.03.2005**

öffentlich

Ort: **FB Schule, Sport und Bäder**
 Kaulenberg 4, 06108 Halle (Saale),
 R. 316

Zeit: **17:00 Uhr bis 19:30 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnehmerverzeichnis**

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Frau Elisabeth Nagel	PDS
Herr Erhard Preuk	PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Dr. Gesine Haerting	Bündnis
90/DIE GRÜNEN	
Frau Maike Fischer	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Helga Koehn	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr René Trömel	SKE
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Andreas Schachtschneider	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	PDS
Frau Sabine Wolff	Neues Forum
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR
HALLE	
Frau Petra Meißner	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.02.2005
4. Umsetzung des Runderlasses zur Aufnahme in die Grundschule
5. Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen 2003
Vorl.-Nr.: IV/2004/04092
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen, Anregungen
8. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Dr. Bergner eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Ja-Stimmen: 9 x
Nein-Stimmen: 0 x
Enthaltung: 0 x

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.02.2005

Wortprotokoll:

vom 01.02.2005

Frau Dr. Haerting bittet um Veränderung auf Seite 5
... ob weiterhin Mittel für die Schulhofumgestaltung aus dem **Flächenpool Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** zur Verfügung stehen und.... (zum Beispiel KGS Hutten)

Genehmigung der Niederschrift mit Änderung

Beschluss:

Ja-Stimmen:	9 x
Nein-Stimmen:	0 x
Enthaltung:	0 x

zu 4 Umsetzung des Runderlasses zur Aufnahme in die Grundschule

Wortprotokoll:

Frau Hildebrand, Fachberaterin für elementare Bildung im Geschäftsbereich V berichtet über den Arbeitsstand der Umsetzung des Runderlasses in der Stadt Halle (Saale). Sie verweist auf die durchgeführte Fachtagung mit Leiterinnen und Leitern von Kindertagesstätten und Grundschulen auf der die Ziele der Stadt dargelegt und diskutiert wurden.

Ziel soll ein Übergang sein, bei dem die individuellen Entwicklungsstände der Kinder Berücksichtigung finden sollen, kein heterogener Übergang.

- Umsetzung der Forderungen in beiden Institutionen;
- Einklang schaffen zwischen Arbeit in Kita und Grundforderungen der Grundschule
- Initiativen von Erzieherinnen und Lehrern

Grundlegende Zusammenarbeit - Planungsräume entsprechend der Sozialräume; evtl. kleinere Untergliederung

- Kooperationen Kita/Grundschule
- gemeinsame Konzepte
- gemeinsame Weiterbildungsangebote
- gegenseitige Hospitationen
- gemeinsame Gestaltung der Schuleingangsuntersuchungen
- gemeinsame Erarbeitung von Fördermaßnahmen für bedürftige Kinder

Problem der Einbindung der „Hauskinder“ in das Übergangskonzept (ca. 8-10% der Kinder sind Hauskinder)

In der Diskussion erfragen **Herr Dr. Schmidt und Herr Bauersfeld** die Möglichkeiten der Einbeziehung und Bindung der Eltern an die geplanten Prozesse.

Frau Dr. Haerting möchte wissen, wie der Aufwand für die Umsetzung personell zu regeln ist.

Frau Dr. Bergner erfragt noch einmal die Vorgehensweise bezüglich der Zusammenarbeit bei der Begutachtung der Kinder, insbesondere die örtliche Frage der Begutachtung.

Frau Hildebrand verweist darauf, dass kein rechtlicher Hintergrund für eine verbindliche Einbeziehung der Eltern existiert. Ziel ist es Erziehungspartnerschaften unter Einbeziehung der Eltern zu entwickeln. (Interesse der Eltern in der Regel da).

Die eine Seite der Begutachtung ist die Einschulungsuntersuchung durch den medizinischen Dienst, die andere die der Entwicklungsbeobachtung durch die Erzieher. Diese erfolgt bereits und wird in die Auswertung einbezogen. Bei einer Beobachtungsgruppe von 2-4 Kinder ist Hochrechnung des Bedarfes möglich.

Insgesamt geht es nicht darum, Rückstände in der Entwicklung zu ermitteln, sondern ausgehend vom Entwicklungsstand Stärken und Schwächen aufzuzeigen.

Bezüglich des Ortes der Begutachtung wird z.Z. die Variante einer Begutachtung in der Kita als die mit dem geringstem Aufwand gesehen. Ist aber noch ein offener Handlungsspielraum in dem diskutiert werden sollte.

Frau Dr. Bergner weist darauf hin, dass vor ca. 5 Jahren ein Antrag im Jugendhilfeausschuss beraten wurde, der eine kostenlose Betreuung von Hauskindern in Kita´s im Vorschulzeitraum vorsah und will wissen, ob es dazu einen aktuellen Stand gibt.

Frau Dr. Haerting gibt zu bedenken, dass es Anträge auf vorzeitige Einschulungen gäbe, die teilweise aus sozialen Gründen gestellt würden (Einsparung der Kita-Kosten). Wie wird hier der Schutz der Kinder berücksichtigt?

Frau Hildebrand informiert, dass das Problem Hauskinder bekannt ist und das auch die sozialen Hintergründe erfasst werden und das es im eigenen Interesse des GB V liegt, diese Ergebnisse zu gegebener Zeit in einem Bericht zu erfassen.

Bezüglich der vorzeitigen Einschulungen sieht **Frau Hildebrand** den jugendärztlichen Dienst fachlich in der Lage diese Aspekte entsprechend zu berücksichtigen.

Herr Trömel verweist nochmals auf die Kompetenz der Fachkräfte und möchte den Stand der Pläne für gemeinsame Weiterbildungen wissen.

Frau Hildebrand antwortet, dass es in einer ersten Phase darum geht bestehende Vorbehalte abzubauen. In der Fachkonferenz wurden erste Ideen gegenüber dem Kultusministerium geäußert und auch das LISA wird einbezogen. Dies ist eine der Schwerpunktaufgaben der sich die jetzt bildenden Arbeitskreise stellen müssen.

zu 5 Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen 2003 Vorl.-Nr.: IV/2004/04092

Wortprotokoll:

Frau Günther , Drogenbeauftragte der Stadt Halle (Saale), verweist auf die vorliegende Zusammenfassung 2003

Zukünftig mehr Sachberichte auf der Grundlage der Statistik geplant.
Einschätzungen was ist gut, was ist schlecht.
Verweist darauf, dass z. B. die Dienstvereinbarung zum Rauchverbot in der Stadtverwaltung noch nicht unterschrieben ist.

Sie erinnert an „Verhaltensstrategien für Lehrer“ als Hilfsmittel
Kultusministerium bisher nicht aktiv geworden.

Die Auswertung der Statistiken zeigt keine gravierenden Tendenzen in beiden Richtungen.

Bestehende Beratungsstellen sind ausgelastet.
Zunehmend ist die Inanspruchnahme der Beratungsstellen durch Hilfesuchende aus umliegenden Landkreisen zu verzeichnen (Klärungsbedarf Kostenerstattung).

Z.Z. territoriale Befriedung in der Stadt – keine offene Drogenszene

Drogen-Streetwork weiterhin Bestandteil der Arbeit in der Stadt Halle (Saale)

Herr Dr. Heinrich weist darauf hin, dass die Zahl der Alkoholiker wesentlich höher ist als die der Heroinsüchtigen. Das Wirken der Stadt richtet sich auf die Minderheit nicht auf die Massenerscheinung.

Frau Günther verweist in dem Zusammenhang auf grundlegend andere Einstellungen zu diesem Problem.

Bezüglich der Problematik Rauchen an Schulen verweist **Frau Günther** darauf, dass die Schulen aktiviert werden müssten zu generellen Verboten. Sie sieht aber auch die nicht immer positive Vorbildwirkung der Lehrer dabei.

Herr Dr. Heinrich nennt als Beispiel die USA wo generelle Verbote bestehen und Verstöße auch Konsequenzen nach sich ziehen. Wo liegt das Problem in Deutschland/Halle?

Frau Günther: Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Rauchen an Schulen. Warum kein Verbot können nur die Entscheidungsträger beantworten.

Frau Dr. Haerting fragt nach, warum die Suchtberatung keine Kassenleistung ist.

Frau Günther: Suchtberatung ist kommunale Aufgabe.

Im SGB II neue Regelung für Empfänger von ALG II

Substitution wird über Kassen finanziert. Viele Ärzte aber nicht bereit Behandlung durchzuführen.

Herr Dr. Heinrich fragt nach warum Ärzte es ablehnen und ob ein Rechtsanspruch auf Substitution besteht?

Frau Günther: Zusatzausbildung des Arztes und bestimmte Praxisausstattung (Urinkontrolle) erforderlich. Strenge Auflage für Durchführung. Substitution an Beratung gekoppelt, Beratung aber nicht kassenfinanziert. Substitution ist Entscheidung des Arztes.

Frau Dr. Bergner fragt an, ob vor Schulen Drogen angeboten werden.

Antwort:: Mit einigen Schulen wird präventive Arbeit geleistet. Zur Zeit keine Klagen, keine Schule unmittelbar betroffen. Wo Fälle auftreten, Gründe subjektiver Art.

Herr Dr. Schmidt möchte wissen, welche Drogenprobleme sich in den Justizvollzugsanstalten zeigen und ob es Beratungen dafür gibt.

Frau Günther informiert, dass die Justiz als geschlossenes System die Zuständigkeiten intern konkret geregelt hat. Nur interne Beratungen, keine Beratung in kommunalen Beratungsstellen.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll: -----

zu 7 **Anfragen, Anregungen**

Wortprotokoll:

Herr Bauersfeld:

Haben gesperrte finanzielle Mittel Auswirkungen auf Bau am TMG.

Herr Hildebrand informiert, dass OfD und Kommunalaufsicht prüfen. Wenn Sperre aufgehoben wird, wird Verwaltung Bildungsausschuss informieren

Herr Bauersfeld:

Zum Torgymnasium – wenn Landeszuweisung eher kommen dann auch ehe Baubeginn?

Herr Hildebrand: Wenn Mittel kommen dann Ausschreibung und Beginn.
Jeder Tag eher ist Gewinn.

Frau Dr. Haerting bittet um Information, zur

- Gestaltung der Schulbezirke Neumarkt, Lessing, Paulus.
- Berücksichtigung des Pendelns von Lehrern in der Stundenplanung
- Information über Angebote des Puppentheaters an Schulen.
- Problematik des Nichtvertragens von Schülern im Rahmen von Fusionen (Fusionsängste)

Verwaltung bereitet Antwort bezüglich Schulbezirke vor.

Die Stundenplanung liegt in der Hoheit der Schule.

Was an Informationsmaterial vom Puppentheater kommt, wird weitergeleitet.

Das Problem von Fusionsängsten wird für eine der nächsten Bildungsausschusssitzungen thematisiert.

Herr Kneissl möchte wissen, ob der Elternwunsch Sekundarschule Reideburg zur sofortigen Übernahme an die Sekundarschule Francke berücksichtigt wird.

Herr Hildebrand: Verwaltung wird weiter überprüfen, evtl. im Nachgang zu klären, wenn Bedarf..

zu 8 **Mitteilungen**

Wortprotokoll: -----

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende